

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abbildungsverzeichnis .....	XVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Einleitung .....	1
A. <i>Thema und Fragestellung</i> .....	1
B. <i>Forschungsstand</i> .....	3
I. Quellenlage .....	3
II. Stand des Schrifttums und Forschungsdesiderat .....	3
C. <i>Vorgehensweise und Gang der Untersuchung</i> .....	6
Kapitel 1: Überblick über die Geschichte des OGH .....	9
A. <i>Rahmenbedingungen</i> .....	9
I. Die Errichtung der Besatzungsherrschaft und der „Stillstand der Rechtspflege“ .....	9
II. Der Wiederaufbau der deutschen Justiz in der britischen Zone .....	12
1. Wiedereröffnung der Gerichte und „Entnazifizierung“ des Justizpersonals .....	12
2. Justizverwaltung und Errichtung des ZJA .....	14
III. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen .....	16
1. Die Ahndung von NS-Verbrechen durch die Alliierten .....	16
a) „Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess“ und das IMT-Statut ..	16
b) Verfolgung von NS-Verbrechen in den einzelnen Besatzungszonen und das KRG 10 .....	17
2. Die Ahndung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Gerichte .....	18
a) Bilanz .....	18
b) Die Zuständigkeit deutscher Gerichte zur Ahndung von NS-Verbrechen .....	19
c) Die Anwendung des KRG 10 in der britischen Zone .....	21
aa) Die Vorgaben der britischen Militärregierung zur Verordnung Nr. 47 .....	21
bb) Die sachliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte zur Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit .....	24

<i>B. Errichtung und Tätigkeit des OGH . . . . .</i>	25
I. Gründung . . . . .	25
1. Zonenübergreifende Versuche zur Wiederherstellung der Rechtseinheit	25
2. Die Verordnung Nr. 98 der britischen Militärregierung zur „vorläufigen Errichtung eines Deutschen Obersten Gerichtshofs“ . . . . .	28
3. Eröffnung und Aufnahme der Tätigkeit . . . . .	30
II. Kompetenzen und Organisation . . . . .	32
1. Zuständigkeit . . . . .	32
a) Strafsachen . . . . .	32
b) Zivilsachen und freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	33
2. Senate und organisatorischer Aufbau . . . . .	34
III. Personelle Besetzung . . . . .	35
1. Richter . . . . .	35
a) Dienstliche Stellung . . . . .	35
b) Ausschlusskriterium der ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft . . . . .	37
c) Überblick über die Biographien . . . . .	37
aa) Präsidentenstelle . . . . .	38
bb) Strafrichter . . . . .	39
cc) Hilfsrichter . . . . .	43
2. Staatsanwaltschaft . . . . .	43
3. Rechtsanwaltschaft . . . . .	45
IV. Verfahrensanfall zum KRG 10 . . . . .	45
<i>C. Das Ende des OGH . . . . .</i>	50
I. Der Übergang der Zuständigkeiten auf den BGH und die Zukunft der OGH-Richter . . . . .	50
II. Fortführung der „Tradition des OGH“? . . . . .	52
1. Personalpolitik . . . . .	53
2. Das Ende der Strafverfolgung nach dem KRG 10 . . . . .	54
 Kapitel 2: Die Anwendung des KRG 10 in der Rechtsprechung des OGH . . . . .	57
<i>A. Ausgangslage: Weitgehende Rechtszersplitterung . . . . .</i>	57
<i>B. Überblick über die gesetzliche Regelung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit . . . . .</i>	58
I. Tatbestand (Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10) . . . . .	58
II. Beteiligungsformen (Art. II Nr. 2 lit. a–e KRG 10) . . . . .	59
III. Strafrahmen (Art. II Nr. 3 KRG 10) . . . . .	59
IV. Individuelle Verantwortlichkeit von Staatsorganen und Handeln auf Befehl (Art. II Nr. 4 KRG 10) . . . . .	60
V. Ruhen der Verjährung und Unbeachtlichkeit von NS-Begnadigungen (Art. II Nr. 5 KRG 10) . . . . .	61

<b>VI. Regelungen zum Verfahrensrecht und zur Auslieferung (Art. III–V KRG 10) . . . . .</b>	<b>61</b>
<b>C. Die Diskussion um die Verletzung des Grundsatzes „nullum crimen, nulla poena sine lege“ . . . . .</b>	<b>62</b>
I. Problemstellung . . . . .	62
II. Zeitgenössischer Meinungsstand . . . . .	65
1. Unvereinbarkeit mit dem Rückwirkungsverbot . . . . .	65
2. Legitimität des KRG 10 . . . . .	68
a) Scheinbare Rückwirkung des KRG 10 . . . . .	69
b) Gerechtfertigter Verstoß des Rückwirkungsverbots . . . . .	70
3. Rechtsprechung des OGH . . . . .	72
a) Rückwirkungsverbot . . . . .	72
b) Bestimmtheit des Tatbestands . . . . .	74
III. Würdigung . . . . .	75
<b>D. Die Auslegung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit in der Rechtsprechung des OGH . . . . .</b>	<b>77</b>
I. Allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	77
1. Rechtsnatur des KRG 10 . . . . .	77
2. Übergesetzliches Recht als Beurteilungsgrundlage . . . . .	78
3. Das überindividuelle Schutzgut der Menschlichkeit . . . . .	79
II. Objektiver Tatbestand . . . . .	80
1. Tatbestandsmerkmale . . . . .	80
2. Beteiligungsformen (Art. II Nr. 2 KRG 10) . . . . .	82
3. Kausalität . . . . .	82
III. Subjektiver Tatbestand . . . . .	83
IV. Verteidigungseinwände . . . . .	84
1. Handeln auf Befehl . . . . .	84
2. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe des StGB . . . . .	85
<b>E. Konkurrenzverhältnis zwischen dem KRG 10 und dem StGB . . . . .</b>	<b>86</b>
I. Zeitgenössischer Meinungsstand . . . . .	86
II. Würdigung . . . . .	90
<b>Kapitel 3: Die Rechtsprechung des OGH zu NS-Verbrechen . . . . .</b>	<b>91</b>
<b>A. NS-„Euthanasie“ . . . . .</b>	<b>91</b>
I. Überblick . . . . .	91
1. Organisation und Ablauf der NS-„Euthanasie“ . . . . .	91
2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte . . . . .	98
II. Verfahren zur NS-„Euthanasie“ in Westfalen . . . . .	100
1. Gegenstand der Anklage . . . . .	100
2. Urteil des LG Münster vom 20. Oktober 1948 . . . . .	103
3. Urteil des OGH vom 5. März 1949 . . . . .	105
a) Beihilfe zum Mord, §§ 211, 49 StGB . . . . .	105

aa) Tatbestand des Mordes und Beteiligungsform .....	105
(1) Tatbestandsmäßigkeit .....	105
(2) Beteiligungsform .....	108
bb) Verteidigungseinwände .....	108
(1) Fehlender Vorsatz .....	108
(2) Rechtsgültigkeit des Führererlasses vom 1. September 1939 ..	109
(3) Fehlendes Unrechtsbewusstsein .....	110
(a) Ausführungen des OGH .....	110
(b) Die zeitgenössische Diskussion über die Behandlung des Verbotsirrtums .....	110
(4) Handeln auf Befehl .....	113
(5) Notstand und Nötigungsnotstand (§§ 52, 54 StGB) .....	115
(6) „Ärztlicher Widerstand“ .....	117
(a) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand .....	117
(b) Rechtsfigur des übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrundes .....	118
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 ..	120
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum .....	121
aa) Mordtatbestand und Beteiligungsform .....	121
bb) Meinungsstand zur rechtlichen Würdigung des „ärztlichen Widerstands“ .....	122
(1) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand .....	122
(2) Übergesetzlicher persönlicher Strafausschließungsgrund ..	123
(a) Zustimmung im Schrifttum .....	123
(b) Kritik .....	124
(3) Gegenvorschlag eines übergesetzlichen Entschuldigungsgrundes .....	125
4. Weiterer Verfahrensverlauf .....	126
a) Urteil des LG Münster vom 29. August 1949 .....	126
b) Urteil des BGH vom 28. November 1952 .....	128
aa) Abkehr von der Lösung des OGH .....	128
bb) Verbotsirrtum aufgrund „umgesetzter Rettungsabsicht“ ..	131
c) Urteil des LG Dortmund vom 2. Dezember 1953 im Fall <i>Petermann und Stolze</i> .....	133
d) Urteil des LG Münster vom 9. Juli 1959 im Fall <i>Schneider</i> ..	135
5. Fazit .....	137
III. Verfahren zur NS-„Euthanasie“ in der Rheinprovinz .....	138
1. Gegenstand der Anklage .....	138
a) Tatkomplexe .....	138
b) Verteidigungseinwände .....	142
2. Urteil des LG Düsseldorf vom 24. November 1948 .....	144
a) Verurteilung von <i>Wesse, Wrona und Müllender</i> .....	144
b) Freispruch von <i>Creutz</i> und aller übrigen an der „Aktion T4“ beteiligten Ärzte .....	146

3. Urteil des OGH vom 23. Juli 1949 .....	149
a) Beihilfe zum Mord, §§ 211, 49 StGB .....	149
aa) Tatbestandsmäßigkeit und Beteiligungsform .....	149
bb) Verteidigungseinwände .....	152
(1) Rechtswidrigkeit des Führererlasses, Notstand und Handeln auf Befehl .....	152
(2) Fehlendes Unrechtsbewusstsein .....	152
(3) „Ärztlicher Widerstand“ .....	153
(a) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand .....	153
(b) Übergesetzlicher Entschuldigungsgrund .....	154
(c) Verfestigung der aufgestellten Grundsätze zum übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrund .....	155
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 ..	156
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum .....	156
aa) Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme .....	156
bb) Unrechtsbewusstsein .....	157
cc) Meinungsstand zur rechtlichen Würdigung des „ärztlichen Widerstands“ .....	158
(1) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand .....	158
(2) Lösung des „übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrundes“ und der Gegenvorschlag des „übergesetzlichen Entschuldigungsgrundes“ .....	159
(a) Zustimmung im Schrifttum .....	159
(b) Übergesetzlicher Entschuldigungsgrund nach der herrschenden Lehre .....	161
4. Weiterer Verfahrensverlauf .....	162
a) Urteil des LG Düsseldorf vom 27. Januar 1950 im Fall <i>Creutz</i> und der übrigen an der „Aktion T4“ beteiligten Ärzte .....	162
aa) Freispruch mangels Förderung der Haupttat bzw. mangels Vorsatzes .....	163
bb) Widerstand gegen die Lösung des übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrundes .....	164
b) Urteile des LG Düsseldorf vom 31. Mai 1951 und 7. Februar 1953 im Fall <i>Wrona und Müllender</i> .....	166
5. Fazit .....	167
IV. Überblick über die weitere Rechtsprechung in der Bundesrepublik .....	170
1. Annahme von Totschlag statt Mord .....	170
2. Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme .....	172
3. Verteidigungseinwände .....	174
a) Fehlendes Unrechtsbewusstsein .....	174
b) „Ärztlicher Widerstand“ .....	176
V. Würdigung .....	178

<i>B. Justizverbrechen</i> . . . . .	181
I. Überblick . . . . .	181
1. Ausmaß des NS-Justizunrechts . . . . .	181
2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte . . . . .	185
II. Verfahren gegen den Marinerichter <i>Adolf Herbert Holzwig</i> („Buea-Fall“) . . . . .	187
1. Gegenstand der Anklage . . . . .	187
2. Urteil des LG Hamburg vom 4. Juni 1948 . . . . .	190
3. Urteil des OGH vom 7. Dezember 1948 . . . . .	193
a) Strafbarkeit nach § 336 StGB und Ablehnung einer Sperrwirkung . . . . .	193
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . . . .	194
aa) Objektiver Tatbestand . . . . .	194
bb) Subjektiver Tatbestand . . . . .	196
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum . . . . .	197
4. Weiterer Verfahrensverlauf . . . . .	198
a) Urteil des LG Hamburg vom 4. August 1949 . . . . .	198
b) Urteil des BGH vom 29. Mai 1952 . . . . .	199
aa) Strafbarkeit der Richter nach deutschem Strafrecht . . . . .	199
bb) Sperrwirkung des Rechtsbeugungstatbestands . . . . .	201
c) Urteil des LG Hamburg vom 27. Februar 1953 . . . . .	203
5. Fazit . . . . .	205
III. Verfahren gegen den Kölner Landgerichtspräsidenten <i>Walter Müller</i> . . . . .	207
1. Gegenstand der Anklage . . . . .	207
2. Urteil des LG Bonn vom 4. November 1948 . . . . .	210
3. Urteil des OGH vom 10. Mai 1949 . . . . .	212
a) Unternehmen der Verleitung zur Rechtsbeugung, §§ 357 Abs. 1 Var. 2, 336 StGB . . . . .	212
aa) Allgemeine Ausführungen zu § 357 StGB . . . . .	212
bb) Nachträgliche Urteilskritiken . . . . .	213
cc) Eingriffe in schwebende Verfahren . . . . .	214
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . . . .	215
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum . . . . .	217
4. Weiterer Verfahrensverlauf . . . . .	218
a) Urteil des LG Bonn vom 13. März 1950 . . . . .	218
b) Urteil des BGH vom 16. Dezember 1952 . . . . .	219
c) Urteil des LG Bonn vom 17. Juni 1953 . . . . .	220
5. Fazit . . . . .	222
IV. Die übrige Rechtsprechung des OGH zu Justizverbrechen . . . . .	223
1. Verfahren gegen den Marine-Oberkriegsgerichtsrat <i>Karl-Heinrich Hagemann</i> („Fall Kusch“) . . . . .	223
2. Offener Widerstand im Verfahren gegen den Standgerichtsvorsitzenden <i>Karl Brumshagen</i> . . . . .	226
V. Überblick über die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik . . . . .	230
1. Die restriktive Auslegung des Rechtsbeugungstatbestands . . . . .	230
a) Beurteilungsgrundlage . . . . .	230

b) „Vorsatzschwelle“ und Sperrwirkung . . . . .	233
c) Der „Fall Rehse“ und das Ende der Strafverfolgung von NS-Justizunrecht . . . . .	235
2. Späte Selbstkritik des BGH im Rahmen der Rechtsprechung zu DDR-Justizunrecht . . . . .	237
a) Beschränkung des objektiven Tatbestands auf offensichtliche „Willkürakte“ . . . . .	239
b) Aufgabe der erhöhten Vorsatzanforderungen und Annäherung an die Grundsätze des OGH . . . . .	241
VI. Würdigung . . . . .	243
C. <i>Denunziationen</i> . . . . .	246
I. Überblick . . . . .	246
1. Denunziationen in der NS-Zeit . . . . .	246
2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte . . . . .	249
II. Verfahren gegen R. und J. wegen der Anzeige von „Rundfunkverbrechen“	251
1. Gegenstand der Anklage . . . . .	251
2. Urteil des LG Oldenburg vom 10. Februar 1948 . . . . .	252
3. Vorlagebeschluss des OLG Oldenburg vom 15. Juni 1948 . . . . .	252
a) Überblick über den zeitgenössischen Meinungsstand und Ansicht des OLG Oldenburg zur Auslegung des KRG 10 . . . . .	253
aa) Objektiver Tatbestand . . . . .	253
bb) Subjektiver Tatbestand . . . . .	255
b) Offener Widerstand gegen die Rechtsprechung des OGH . . . . .	256
4. Urteil des OGH vom 16. November 1948 . . . . .	257
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . . . .	257
aa) Objektiver Tatbestand . . . . .	257
(1) Tatbestandsmäßige Schädigung mit überindividueller Wirkung . . . . .	257
(2) Ursächliches Angriffsverhalten und Zusammenhang mit dem NS-Gewalt- und Willkürsystem . . . . .	258
(3) Beteiligungsform, Art. II Nr. 2 KRG 10 . . . . .	259
bb) Subjektiver Tatbestand . . . . .	260
(1) Anforderungen an den Vorsatz . . . . .	260
(2) Fähigkeit zur Unrechtseinsicht . . . . .	261
(3) Stellungnahme zur Kritik des OLG Oldenburg . . . . .	262
b) Rezeption im Schrifttum . . . . .	263
aa) Verstoß gegen das Schuldprinzip . . . . .	263
bb) Unvermeidbarer Verbotsirrtum . . . . .	264
5. Weiterer Verfahrensverlauf . . . . .	264
a) Urteil des LG Oldenburg vom 30. März 1949 . . . . .	264
b) Beschluss des OGH vom 1. Juni 1949 . . . . .	265
6. Fazit . . . . .	266

III. Verfahren gegen H. wegen der Anzeige von „Rundfunkverbrechen“ und defätistischer Äußerungen .....	266
1. Gegenstand der Anklage .....	266
2. Urteil des LG Braunschweig vom 28. Oktober 1948 .....	268
3. Urteil des OGH vom 20. April 1949 .....	270
a) Objektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ..	270
aa) Tatbestandsmäßige Schädigung mit überindividueller Wirkung ..	270
bb) Kausales Angriffsverhalten im Zusammenhang mit der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft .....	271
b) Subjektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ..	272
4. Urteil des LG Braunschweig vom 22. Juni 1949 .....	273
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 ..	273
b) Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 .....	274
5. Fazit .....	275
IV. Die übrige Rechtsprechung des OGH zu Denunziationen .....	275
1. Relevante Straftatbestände .....	275
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 ..	275
aa) Objektiver Tatbestand .....	275
bb) Subjektiver Tatbestand .....	277
b) Das Verhältnis des KRG 10 zum deutschen Strafrecht .....	279
2. Verteidigungseinwände: Handeln auf Befehl oder bestehende Zwangslage .....	280
3. Rezeption in Literatur und Rechtsprechung .....	280
a) Die Ablehnung der Strafbarkeit von Denunziationen .....	281
b) Ansätze zur restriktiven Auslegung des objektiven Tatbestands des KRG 10 .....	284
c) Ansätze zur restriktiven Auslegung des subjektiven Tatbestands des KRG 10 .....	286
aa) Der Streit um die Vorsatzanforderungen des OGH .....	286
bb) Berücksichtigung etwaiger Motive und der Gesinnung des Täters .....	287
cc) Anforderungen an die Feststellung des Unrechtsbewusstseins ..	288
dd) Das nachlassende Interesse an der Strafverfolgung von NS-Unrecht ..	289
V. Überblick über die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik .....	291
1. Die Ahndung von NS-Denunziationen nach deutschem Strafrecht ..	291
2. Der Abschluss der Strafverfolgung .....	293
3. Die Strafverfolgung von DDR-Denunziationen .....	294
VI. Würdigung .....	296
D. „Reichspogromnacht“ .....	298
I. Überblick .....	298
1. Die nationalsozialistische Judenverfolgung vor 1938 und der Ablauf der „Reichspogromnacht“ .....	298

2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte . . . . .	301
II. Verfahren gegen <i>Walter Jasser</i> wegen Beteiligung an der „Reichspogromnacht“ in Rosbach an der Sieg . . . . .	303
1. Gegenstand der Anklage . . . . .	303
2. Urteil des LG Bonn vom 26. September 1947 . . . . .	305
3. Vorlagebeschluss des OLG Köln vom 6. August 1948 . . . . .	307
4. Urteil des OGH vom 22. Februar 1949 . . . . .	307
a) Schwere Brandstiftung, § 306 Nr. 1 StGB . . . . .	307
b) Landfriedensbruch, § 125 StGB . . . . .	308
aa) Anwendbarkeit im NS-Staat . . . . .	308
bb) Einfacher Landfriedensbruch, § 125 Abs. 1 StGB . . . . .	309
cc) Schwerer Landfriedensbruch, § 125 Abs. 2 StGB . . . . .	310
c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . . . .	311
aa) Verhältnis zwischen dem KRG 10 und dem deutschen Strafrecht . . . . .	311
bb) Tatbestandsmäßigkeit . . . . .	311
d) Verteidigungseinwände . . . . .	312
aa) Fehlende Kausalität . . . . .	312
bb) Handeln auf Befehl . . . . .	312
cc) Verfolgungsverjährung . . . . .	313
(1) Problematik . . . . .	313
(2) Rechtslage in der britischen Zone . . . . .	314
5. Weiterer Verfahrensverlauf . . . . .	316
a) Urteil des LG Bonn vom 14. Februar 1950 . . . . .	316
aa) Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens . . . . .	316
bb) Widerstand gegen die Rechtsprechung des OGH . . . . .	317
b) Beschluss des OGH vom 23. August 1950 . . . . .	320
c) Urteil des LG Bonn vom 20. Oktober 1950 . . . . .	321
6. Fazit . . . . .	322
III. Die übrige Rechtsprechung des OGH zur „Reichspogromnacht“ . . . . .	323
1. Relevante Straftatbestände . . . . .	323
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . . . .	323
b) Landfriedensbruch, § 125 StGB . . . . .	324
c) Weitere Straftatbestände . . . . .	325
2. Verteidigungseinwände: Handeln auf Befehl und Notstand . . . . .	326
3. Rezeption in der Rechtsprechung . . . . .	327
a) Restriktive Auslegung der Straftatbestände . . . . .	327
b) Verkennung des Unrechtsgehalts und Strafmilderung . . . . .	329
IV. Überblick über die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik . . . . .	330
V. Würdigung . . . . .	333

Schlussbetrachtung .....	335
A. Zusammenfassung .....	335
B. Die Rolle des OGH bei der Aufarbeitung von NS-Unrecht .....	339
Anhang .....	343
<i>Anlage I – Kontrollratsgesetz Nr. 10</i> .....	343
<i>Anlage II – Verfahrensübersicht</i> .....	346
Quellen- und Bestände verzeichnis .....	357
Literaturverzeichnis .....	359
Personenverzeichnis .....	383
Sachverzeichnis .....	385